



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Das verstand der Frieder nicht recht, und: da saß wieder der alte Dlgöy und mußte nicht, ob er gehen oder sitzen bleiben sollte.

Aber bald genug erhob sich in der Madlene die urwüchsigte Kraft, und sie flüsterte dem Frieder zu: Verzeih mir's Gott! Dann lag sie ihm in den Armen.

Vom ewigen Leben war aber hernach nicht die Rede. Vor Weihnachten noch ist die Hochzig, Madlene! — Das war Frieders letztes Wort.

Und wie sie nach dem Sturm nur noch mit Küffen geantwortet hatte, so auch jetzt.

(Fortsetzung folgt)



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Die Eisenbahn- und Polizeiquerelen in Preußen. Im preußischen Landtage sind kürzlich die bekannnten Klagen über die Staatsbahn- und Polizeiverwaltung erörtert worden. In der Eisenbahnfrage verdienen vor allem die Erklärungen des Ministers der öffentlichen Arbeiten im Herrenhause Beachtung. Der Berichterstatter über die Denkschrift wegen der Betriebssicherheit usw. auf den Staatsbahnen hatte namens der Eisenbahnkommission des Hauses — und zwar in Übereinstimmung mit den Resolutionen der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses — die Überzeugung ausgesprochen, daß die Staatsbahnverwaltung und namentlich ihre Leiter keine Schuld an der Häufung der Unfälle im vorigen Sommer treffe. Mit erfreulicher Offenheit bezeichnete darauf der Minister eine Reihe von Verbesserungen und Neueinrichtungen im Interesse erhöhter Betriebssicherheit als notwendig, deren bisherige Unterlassung durch die unbestreitbare Wahrheit, daß solche Arbeiten nicht „rasch“ ausgeführt werden könnten, doch nur zum Teil entschuldigt wird. Die Erklärungen des Ministers lassen darüber keinen Zweifel, daß in der Eisenbahnverwaltung seit Jahren die Erkenntnis von der Notwendigkeit eines ganz bedeutenden Aufwandes im Interesse der Betriebssicherheit vorhanden gewesen sein muß, und daß auch der gute Wille, diesen Aufwand zu machen, nicht gefehlt haben kann, daß vielmehr Einflüsse, die außerhalb der Eisenbahnverwaltung lagen, für das Hinausschieben der notwendigen Verbesserungen maßgebend gewesen sind.*) Die Eisenbahnen haben im letzten Jahrzehnt so große

*) Man macht auch die Anstellung von Militärwärtern im Eisenbahndienst für manche Vorkommnisse verantwortlich. Sie mag mit manchen Unbequemlichkeiten für die Betriebsleitung und Anzuträglichkeiten für den Dienst selbst verbunden sein, aber erstens müssen diese Leute doch nun einmal untergebracht werden, und zweitens kann sie kaum ein anderer Verwaltungszweig — die Polizei vielleicht ausgenommen — so gut verdauen wie die Eisenbahnverwaltung. Gerade für den Eisenbahndienst bringen diese im Anfang des besten Mannesalters stehenden Leute doch sehr schätzenswerte Fähigkeiten mit, vor allem die Gewöhnung an körperliche Strapazen und die scharfe Disziplin. Daß sie für den neuen Dienst noch lernen müssen, ist selbstverständlich, und dafür könnte noch besser gesorgt werden. Aber auch dabei handelt es sich wieder um den Kostenpunkt, und dem Institut der Militärwärter an sich ist kein Vorwurf daraus zu machen, wenn unverständige Sparsamkeit die Leute zu früh zu Dienstleistungen heranzieht, die sie noch nicht begriffen haben. Die Mehrzahl der die Betriebssicherheit störenden Verfehlungen der Unterbeamten scheint nicht aus einem Mangel an technischen Kenntnissen her-

Überschüsse geliefert, daß ein kleiner Bruchteil davon genügt hätte, die Einrichtungen in jeder Beziehung auf einen den höchsten Anforderungen genügenden Zustand zu bringen, schon lange bevor der Unfallsummer 1897 die übertriebenen Vorwürfe auf die Verwaltung herauf beschwor. Verantwortlich ist in Wirklichkeit die übermäßige Plusmacherei zu Gunsten des allgemeinen Staatsfäckels, veranlaßt durch das Übergewicht des Finanzministers auch in der Eisenbahnverwaltung. Statt daß diese ihrerseits in erster Linie feststellte, wie viel aus den Bruttoeinnahmen für die gebotne Erhöhung der Betriebssicherheit aufzuwenden sei, und daß dann erst in zweiter Linie berechnet würde, wie viel als Überschuß dem Finanzminister in Aussicht gestellt werden könnte, ist die Eisenbahnverwaltung gezwungen, mit dem Finanzminister zu verhandeln, auf welchem Wege größere Summen dafür — d. h. für längst als notwendig erkannte Vermehrungen der Betriebssicherheit — disponibel gemacht oder in den Etat eingestellt werden könnten. Das ist verkehrt. Vielleicht hätte ein solches Verfahren als Nothbehelf Sinn, wenn der Finanzminister mit dem Staatsfäkel bis über die Ohren in der Klemme säße. Aber er hat unsre Finanzlage doch bekanntlich auf eine noch nie dagewesene Höhe gebracht, sodaß man meinen sollte, niemals wäre Preußen weniger genötigt gewesen, die Eisenbahnen in einem Maße als melkende Kuh zu behandeln, das den berechtigten Argumenten gegen den Privatbetrieb und für die Verstaatlichung des Hauptnetzes der Eisenbahnen geradezu ins Gesicht schlägt. Der preussische Eisenbahnminister ist thatsächlich nichts weiter als ein Abteilungsdirektor des Finanzministers, und es wäre fast besser, sein Ressort würde auch rechtlich zu einer Abteilung des Finanzministeriums gemacht, wie es früher die Abteilung für Domänen und Forsten war. Dann wäre wenigstens Klarheit über die Verantwortlichkeitsverhältnisse geschaffen. Es geht auf die Dauer nicht mehr so weiter, daß der Finanzminister durch Nehmen auf der einen und Geben auf der andern Seite der gesamten Staatsverwaltung seinen wenn auch noch so genialen wirtschaftsreformatorischen Stempel aufdrückt, ohne auch auf den einzelnen Gebieten die volle Verantwortung dafür zu übernehmen, was er anrichtet. Hier scheint es sich wirklich um ein „System“ zu handeln, mit dem gebrochen werden muß; in der Eisenbahnverwaltung selbst von einem Systemwechsel zu reden, ist vorläufig ungerechtfertigt.

Dann hat der Eisenbahnminister noch einen andern dunkeln Punkt berührt, wobei er sogar selbst einen kritischen Ton anschlug, das ist der Schachergeist, mit dem groß- und kleinstädtische Gemeindeverwaltungen die ihnen von Staatsbehörden vorgeschlagenen wirtschaftlichen Projekte, namentlich auch die der Eisenbahnen, behandeln. Für den bekannten Pseudoliberalismus, der in den Städten fast durchweg die Hauptflöte bläst, ist ja das bischen Parlamentsspielen der Stadtverordnetenversammlungen über jede Kritik erhaben, aber trotzdem und trotz der Proteste der Herren Oberbürgermeister im Herrenhause sei es gesagt, daß wir es nur mit Freuden begrüßen können, wenn der Staat mit der Kirchthurms- und Krämerpolitik der Herren Stadtverordneten in Bried wie in Dortmund, in Posemudel wie in Berlin möglichst wenig Federlesens macht. Wer die Ungstlichkeit kennt, mit der die freien Bürger in diesen Emporien der Selbstverwaltung häufig auch den albernsten Begehlichkeiten ihrer wenigen Herren Wähler gerecht zu werden suchen,

zurühren, sondern aus einem Mangel an Disziplin, d. h. sie hat in Leichtsinn, Unaufmerksamkeit, Unpünktlichkeit ihren Grund. Aber gerade daran ist die unvernünftige und unnötige Überanstrengung zum großen Teile schuld, denn sie ist überall der Ruin der Disziplin; auch beim Militär in Krieg und Frieden.

der wird es begreifen, welcher unerträgliche Zeitverlust mit den meisten Verhandlungen zwischen Staat und Städten verbunden ist. Da gilt es, den städtischen Wählerchaften ad oculos zu demonstrieren, daß die Staatsfürsorge für das Gemeinwohl nicht durch solche Querelen aufgehalten werden darf, selbst wenn einmal neue Bahnhofsanlagen, um den Spekulationen der gemeinnützigen Bürgerschaft nicht gar zu große Opfer zu bringen, etwas weit von den erwerbsfähigen Städten abgerückt werden müssen.

Im Abgeordnetenhaus hat man die Mängel der Polizei, namentlich der Berliner und der „politischen,“ scharf durchgehechelt. Herausgekommen ist dabei herzlich wenig, und wenn, wie die Herren wollen, die Hechelei in Kommission und Plenum auch nochmals vorgenommen werden sollte, so wird auch dadurch kaum etwas besser gemacht werden. Das Verbessern liegt auf einem ganz andern Felde. Die arge Übertreibung, die sich in den Redensarten zeigt: „Schutz gegen den Schutzmänn“ und: „Was ist riskanter, in Preußen auf der Eisenbahn zu fahren oder in Berlin seine Frau über die Straße gehen zu lassen?“ bedürfen für ernsthaft Leute kaum einer Widerlegung, dem gebildeten Manne, der Berlin kennt, muß man sie aber nachgerade zum moralischen Vorwurfe machen. Einzelne sehr unangenehme Belästigungen sind gar nicht zu vermeiden. Vor etwa zwanzig Jahren wurde in Breslau ein sehr schneidiger Staatsanwalt auf der Straße vom Schutzmänn festgenommen, weil er einem steckbrieflich verfolgten Gauner bedauerlicher Weise sehr ähnlich sah. Der Herr drohte dem armen Schutzmänn mit allen möglichen schlimmen Folgen und wollte nicht mit. Da wurde er „per Schub“ nach dem Polizeibüreau gebracht, wo sich die Verwechslung aufklärte. Ob der Schutzmänn von seinen Vorgesetzten gelobt worden ist, haben wir nicht gehört, aber die freisinnige Bürgerschaft bis zum Eckenschiefer herunter war voll Lob für die That. Also so etwas kann vorkommen, ohne daß der liberale Mann Zetermordio zu schreien braucht. Auch Schlimmeres kann vorkommen, ohne daß man deshalb der ganzen Verwaltung einen Vorwurf machen darf. Aber wenn es so oft vorkommt, wie in jüngster Zeit in Berlin, dann muß, schon weil der Staat, das Beamtentum, die Polizei dadurch in gemeingefährlicher Weise blamirt werden, unter allen Umständen Abhilfe geschaffen werden. Wir haben uns auch entrüstet über die Roheiten, Dummheiten und Faulheiten, die vorgekommen sind, aber wir haben bis jetzt nicht den geringsten Grund für die Annahme finden können, daß die Leiter der Berliner Polizei nicht schon ganz energisch und vielleicht auch mit ganz zweckmäßigen Mitteln an der Arbeit sind, diesem Unsug für die Zukunft den Riegel vorzuschieben. Auch die Herren Abgeordneten, soviel sie sonst wissen, können darüber gar nichts wissen. Woher denn? Etwa durch den Erlaß oder Nichterlaß neuer Instruktionen und Verfügungen, die man ihnen vorlegt oder nicht vorlegt? Der „ältere“ Herr von Köller hat ganz recht: So dumm ist kein Mensch, daß er nicht eine Verfügung abfassen könnte! Auch die Herren Träger, Brömel, Porsch, die sehr klug sind, würden wunderschöne Verfügungen abfassen, wenn man sie an die Tinte ran ließe, daran ist gar nicht zu zweifeln. Aber helfen würden sie damit gar nichts. Die Besserung muß sich vollziehen in der Praxis, im laufenden, täglichen Dienst- und Geschäftsbetrieb. Die einzelnen Besserungsmaßregeln, auf die es ankommt, die persönliche Unterweisung, Aufsicht und, wenn nötig, Strafe, spielen sich gar nicht vor der Öffentlichkeit, auch nicht vor den Herren Träger, Brömel und Porsch ab. Wenn mans anders machte, wäre es ein Fehler. Die Öffentlichkeit wird ja sehen, daß es besser wird, daß man es besser gemacht hat. Auch wenn in der ersten Zeit noch manchmal ein Rückfall bekannt wird, wird man noch lange nicht be-

rechtigt sein, zu behaupten, daß nicht mit gutem Willen und gutem Erfolg an der Besserung gearbeitet werde. Die Hezereien und Schwätzerereien in der Presse und sonst dürfen die Polizei durchaus nicht aus der Ruhe bringen, sie müssen sie kalt lassen, wenn sie ihr auch die Arbeit erschweren.

Es wäre sehr bedauerlich, wenn Herr von der Necke und seine jugendlichen Räte etwa glaubten, nur auf dem Papier ein mustergiltiges „System“ anfertigen zu müssen, um es zu „erwägen“ und „begutachten“ zu lassen, ehe man an die praktische Besserung herangeht. Hoffentlich ist Herr von Windheim praktischer, als es die Herren Schriftgelehrten zum Teil sind, die nach der heutigen Mode vom Professor bis zum „Wirklichen“ ohne oder mit ganz kurzen Unterbrechungen durch Gastrollen in der Praxis in den Ministerialbüreaus nur mit der Abfassung von Verfügungen und Vorlagen beschäftigt werden. Auch in der „politischen“ Polizei kann nur die Praxis, nicht das System, nur der Geist, nicht der Buchstabe helfen. Vor der Öffentlichkeit verhandelt man ihre Fragen am besten gar nicht. Schulte soll man zum Teufel jagen, und auf die Beamtenlehre unanständiger Kerls verzichten. Dagegen ist die „Organisation“ Nebensache. Und was die Berliner Schutzmannschaft und ihre Herren Revierleutnants und Hauptleute betrifft, so ist hier am allerwenigsten so ohne weiteres ein Systemwechsel erwünscht. Dieses Personal verdient in der Hauptsache fast ausnahmslos das höchste Lob, mögen sich auch die Mannschaften äußerlich etwas unteroffiziermäßig grob und die Leutnants etwas offiziermäßig sein aufzuführen. Die Leute haben eine vorzügliche Disziplin in Fleisch und Blut sitzen, und Herr von Windheim kann sie auf Moll und Dur stimmen, ganz wie er will. Und auch das sei einmal ausdrücklich hervorgehoben: Wer in Berlin den Willen und das Zeug hat, dem Elend, der Armut, der unverschuldeten Arbeitslosigkeit und allen den traurigen Erscheinungen in der modernen Weltstadt ohne Vereinsapparat und Vereinsheerpraxis praktisch abzuhelfen, der wird an das gute Herz und die Sach- und Menschenkenntnis der bösen Leute in den Pickelhauben niemals vergeblich appellieren, der wird unter ihnen immer die bereitesten und brauchbarsten Helfer und Ratgeber finden. Es ist eine große Sünde, den Armen und Elenden vorzulügen, daß das anders sei. Wie gesagt, wenn Herr von Windheim will, wird es ihm trotz der gehässigen Presse ein Leichtes sein, die Berliner Schutzleute in der That zu den besten der Welt zu machen. Freilich wird dann auch hier die Finanzfrage ernst genommen werden müssen, und dem Herrn von der Necke, wenns sein muß, auch Herrn von Miquel kein Pfennig mehr für andre Wünsche bewilligt werden dürfen, bis die Schutzleute die ihrem schweren Dienst entsprechenden Gehälter und Erholungspausen zugebilligt erhalten. Hoffentlich wird der Kaiser Gelegenheit nehmen, sich bald auch einmal selbst um die Berliner Polizeifrage zu kümmern, nicht um das System, sondern um die Praxis. Dann werden die Herren vom Tintensaß auf einmal mit dem Abfassen, Erwägen und Verhandeln fertig sein und fast so vernünftig arbeiten, wie Herr von Köller senior es haben will.

Zur Polenfrage. Treitschke begreift den Staat als eine Persönlichkeit mit eigenem, unbeschränktem Willen, worin auch das wesentliche Merkmal des höchsten politischen Gebildes liegt. Leider erfüllt sich bei uns das bekannte englische Sprichwort nicht; denn trotz des besten Willens hat sich selten ein Weg zur Verwirklichung einer politischen Absicht gefunden. Am schlimmsten hat die alte Polenfrage darunter gelitten. Das eigne Volkstum und dessen Schutz ist stets die schwache Seite aller deutschen Politik und aller Deutschen gewesen, die die Fremdenliebe und den Mangel nationalen Stolzes seit Jahrtausenden als Sport betrieben haben. Nach

dem Bismarckschen Ansiedlungsgesetz und der teilweise ähnlichen Zwecken dienenden Rentengutzgesetzgebung folgte die Zeit des Herrn von Koscielski-Admiralstry, der wohl mit nicht polnischem Gelde seines Schwiegervaters Bloch in Berlin eine Rolle spielen wollte und konnte. Die ungeschickte Bürokratie der Bromberger Generalkommission segelte unbewußt im polnischen Fahrwasser. Das internationale Zentrum kannte keinen Nationalstolz, und diese drei Verbündeten bedrohten ernstlich die Verdeutschung der Ostmark, die thatsächlich nur eine bescheidne Abwehr frecher polnischer Übergriffe war.

Preußen hat die sogenannten polnischen Landestrile nach Kriegsrecht erworben und kann souverän damit schalten, wie das Reich mit Elsaß-Lothringen. Thatsächlich ist zum Teil der Fall ähnlich, da Westpreußen uralter deutscher Besitz seit der Ordenszeit ist, und Posen starke Siedelungen vergewaltigter deutscher Bürger und Bauern enthielt. Wenn die napoleonischen Kriege auch den Staat von dem Übermaß polnischer Besitzes mit Gewalt befreiten, so sind doch zahlreiche rein deutsche Landstriche an Rußland gefallen, da Kongreßpolen noch heute mehr als zwei Millionen Deutsche zählt. Die russischen Nachbarkreise von Thorn sind fast ungemischter deutsch als das preußische Grenzgebiet. Der Wiener Kongreß, der dank Talleyrands Ränken und Alexanders Polenschwärmerei Deutschland nicht nur um Elsaß-Lothringen betrog, sondern auch das Deutschtum in dem ehemaligen preußischen Kongreßpolen dem Slawenhaffe preisgab, scheute sich nicht, die preußische Souveränität anzutasten, obschon die Redensarten der Kongreßakte weder von dem Zar ernst genommen worden sind, da ihm der billige Ruhm des Freiheitsbringers und Völkerbeglückers allein gefiel, noch von Preußen anders als die stets üblich gewesene Duldung des fremden Volkstums aufgefaßt wurden. Aber schon die Erörterung heimischer Verhältnisse auf der mißgünstigen Diplomatenversammlung war ungehörig und hätte von Preußen zurückgewiesen werden müssen. Indessen der bescheidne König und der leichtherzige Staatskanzler, dem der Steinsche Patriotismus und dessen ernste Sittlichkeit fehlte, erkannte weder die etwaigen Folgen solcher äußerlich harmlosen Erklärungen, noch fanden sie bei der eignen Schwäche Verbündete zum Widerstande unter den neidischen deutschen Kleinstaaten.

Die polnische Verdrehungskunst benutzte die Akte in ihrer Weise und machte eine feierliche königliche Zusage daraus, die ein deutscher König von Preußen auch nie hätte geben können. Freilich erst unter dem romantischen Träumer auf dem Throne trat das Polentum mit angeblichen staatsrechtlichen Ansprüchen auf Grund der Kongreßakte auf. Was der alte Fritz mit seinem Schwerte und seiner Staatskunst erworben hatte, sollte unter europäische Garantie gestellt werden. Leider begann die bekannte Schaukelpolitik in den polnisch gemischten Provinzen mit einer scheinbaren Anerkennung einer gewissen polnischen Autonomie. Freilich zerstob jedesmal bei solchen politischen Rückfällen in eine gefühlseelige Schwäche der polnische Traum sehr bald dank der Unmaßung der Begünstigten. Aber noch Bismarcks Rücktritt gab der polnischen Propaganda neue Nahrung, und der Erfolg mußte sie zu weiteren Ansprüchen ermutigen, der Rückschlag ist nicht ausgeblieben. Die Regierungszügel sind wieder straffer angezogen, und die Vorlage zur Verstärkung des Ansiedlungsfonds harret der Verabschiedung. Aber in den unheilvollen Zwischenzeiten wurde das Deutschtum stetig zurückgedrängt, und das Polentum gewann sogar auf deutschem Volkstboden, da der deutsche Katholik die Kirche über sein Volkstum stellte, und der evangelische Deutsche bei nationalem Hader nicht selten das ungastliche Land verließ.

Die nationalpolnischen Verhältnisse haben sich bei den halben Maßregeln und der schwankenden Regierungspolitik fortdauernd zu Ungunsten des Deutschtums und

der preußischen Staatseinheit verschoben. Als Herr von Roscielski trotz seines loyalen Unterthanenmäntelchens in Lemberg sein großpolnisches Herz entdeckte, da war freilich auch die Zeit des gehätschelten Hoppolentums vorbei. Das galizische Vorbild war doch für die preußische Regierung zu abschreckend, und die Badenische Herrschaft in Wien hat es nur noch abstoßender gestaltet. Der Deutschenhaß des geeinten Slawentums hat selbst klerikale Kreise Österreichs in ihrem doch herzlich schwachen deutschen Nationalgefühl gekränkt und wird die Zentrumswähler im Reiche der Polenfreundschaft der Partei gegenüber auch finzig machen. Die österreichischen Polen haben nicht bloß die ihnen ausgelieferten Ruthenen Galiziens, sondern auch unsere eignen Volksgenossen in Böhmen geknebelt, wenn auch schließlich ohne dauernden Erfolg. Diese That wollen wir dem Polentum nicht vergessen. Wir wissen nun, was wir von der Herrschaft oder auch nur von der Gleichberechtigung dieses slawischen Stammes zu gewärtigen haben, der einst das deutsche Ordensland nicht durch eigne Kraft, sondern durch Verrat unterjocht und unserm Volkstum und der Gesittung jahrhundertlang entzogen hat.

Die Geschichte hat es unwiderruslich gelehrt, daß die Polen zu eigener Staatsbildung unfähig geworden sind. Ihre Selbstverwaltung in Galizien ist eine greuliche Mißwirtschaft. Bezeichnend für das nationalpolnische Beamtentum sind die Bestechungsprozesse. Die Wahlen enden regelmäßig mit Mord und Totschlag. Dabei verhütet die Zentralregierung in Wien noch ärgere Ausschreitungen und beseitigt schließlich die schlimmsten Mißbräuche. Der österreichische Sprachenstreit ist für uns äußerst lehrreich. Das parlamentarische Verhalten des polnischen Ministerpräsidenten und des polnischen Präsidenten des Abgeordnetenhauses findet sein Gegenstück nicht einmal in den halbasiatischen Balkanstaaten. Die preußische Regierung wird jetzt ein wesentlich leichteres Spiel haben, auch unpatriotischen Zentrumseleuten, freisinnigen Doktrinären und sonstigen politischen Querköpfen an diesen Beispielen nachzuweisen, was die Polen unter Unterthanentreue und Regierungsfähigkeit verstehen. Erfreulicherweise ist der höhere Klerus und der anglatte Adel mit seinen verbindlichen Formen von der gröbern und daher auch aufrichtigeren polnischen Volkspartei in der Führung zurückgedrängt worden, sodaß jetzt die wahren Ziele der thatächlich hochverrätherischen großpolnischen Propaganda ziemlich offen zu Tage treten.

Das Polentum wartet nur auf die Gelegenheit zur Aufrichtung seines alten Staats, was ihm rein nationalpolitisch ebenso wenig zu verdenken ist, wie dem preußischen Staate, zu seiner Selbsterhaltung rückwärtslos diese wachsende Bewegung im Notfall mit Gewalt zu unterdrücken. Helfen die gesetzlichen Mittel der deutschen Besiedlung und des deutschen Unterrichts nicht, so darf die Regierung nicht säumen, schärfere Maßnahmen zu erwägen. Glücklicherweise befinden wir uns noch im ersten Stadium; der Mißerfolg liegt teilweise in der ungenügenden Durchführung, zumal da die maßgebenden Kreise selbst schwanken oder sich gelegentlich in ihrer Handlungsweise widersprechen. Es fehlte eben der einheitliche, feste Wille von oben, wie er bis 1890 in der Wilhelmstraße regiert hatte. Die erwünschte Umkehr darf ja jetzt erhofft werden.

Die Erhöhung des Ansiedlungsfonds erheischt zugleich eine schnellere Gangart der Besiedlung und eine größere Propaganda im Westen, wo besonders die Holzbauern der Mittelgebirge ein geeignetes Material bilden werden. Die Teilung des Parzellenbesitzes treibt sie an sich schon von Haus und Hof, allzu häufig übers Meer. Freilich erscheint zugleich eine Steigerung der Ertragnisse der Landwirtschaft dringend geboten, da sonst das Ergebnis sich noch unbefriedigender als jetzt gestalten wird. Die Regierung kann hier zur Zeit nur durch den Viehschutz helfen, der bei der ständigen Seuchengefahr im Osten besonders leicht gewährt werden

kann, da die Regierung in diesem Fall jederzeit die Grenze zuzuschließen in der Lage ist. Es sei nur an die massenhafte Schweineeinfuhr aus Rußland und Österreich erinnert, die gerade die kleinsten bäuerlichen Wirtschaften hart trifft. Sodann muß die unheilvolle Wirksamkeit der Rentenguts-gesetzgebung der Generalkommission beseitigt werden, die, statt dem gleichen nationalen Zwecke zu dienen, wider Willen des Gesetzgebers dank der Buchstabenauslegung geradezu eine polnische Besiedlung fördert, und zwar mit dem Gelde deutscher Steuerzahler. Wohlthuend berührt es, daß eine deutschnationale Privatunternehmung gleichen Zieles, die Landbank in Berlin, im Gegensatz zur Generalkommission bloß an deutsche Ansiedler ihre Güter aufteilt, obwohl dadurch fraglos der Geschäftsbetrieb erschwert und das Erträgnis gemindert wird.

Bei aller Wichtigkeit dieser materiellen Seite darf auch der ideale Kampf nicht vernachlässigt und der Wert des deutschen Unterrichts nicht unterschätzt werden. Angesichts des Mißbrauchs, den das Polentum mit dem katholischen Glauben zu Gunsten seiner Interessen treibt, hat die konfessionelle Volksschule der Simultanschule weichen müssen, da sonst das deutschkatholische Kind rettungslos sein angeborenes Volkstum verlieren würde. Hieraus hat der polnische Klerus die nirgends gesetzlich gewährleistete Forderung aufgestellt, daß den Polenkindern in ihrer Muttersprache der Religionsunterricht erteilt werden müßte. Der ganze Volksschulunterricht soll auf religiöser Grundlage beruhen, sowohl in der konfessionellen als der Simultanschule. Der Unterricht darf in keinem Fache dem Kinde unverständlich bleiben. Hierfür hat die Vorbildung des Lehrers zu sorgen, und in den polnischen Provinzen soll nur eine Auswahl gut dotirter Kräfte wirken, wie dies anfangs auch durch die Regierung geschehen ist. Die polnische Geistlichkeit hat auch gar nicht das Seelenheil der Kinder, sondern die Nationalität im Auge, von der der katholische Priester im übrigen Deutschland häufig genug nur zu sehr losgelöst ist. Eine deutsche Volksschule bleibt immer nur Stückwerk, wenn der Religionsunterricht polnisch und von fanatischen Geistlichen erteilt wird. Wenn sonst der Pfarrer auch der geborne Schulinspektor sein mag, ein polnischer Priester ist doch der Feind der deutschen Schule und des deutschen Lehrers. Wie glimpflich verfährt aber die Regierung mit solchen Heßkaplänen. Sie werden von der Schulaufsicht entbunden und bleiben im Lande. Während des Kulturkampfes faßte man deutsche Priester derber an; der polnische Pfarrer ist und bleibt ein Feind des preußischen Staats und muß als solcher mit aller Strenge behandelt werden.

Litteratur

In den letzten Tagen des vergangenen Jahres ist ein sehr zeitgemäßes Büchlein wiederum erschienen, der Almanach für die kaiserliche und königliche Kriegsmarine 1898 (18. Jahrgang; in Kommission bei Herold u. Comp., Wien; Preis 4,20 Mart). Die deutsche Marinelitteratur entbehrt ja noch eines solchen handlichen Taschenbuches, das alles Wissenswerte über das Material der Kriegsflootten enthält; aber der uns jetzt wieder in neuer Auflage vorliegende österreichische Marinealmanach macht die Lücke weniger fühlbar. In der gegenwärtigen bewegten Zeit des Kampfes für und wider die größere Flotte ist dieser mit Genehmigung des österreichischen Reichskriegsministeriums herausgegebene Almanach vielleicht ein wirksameres Agitationsmittel, als es ein auf Veranlassung unsers Reichsmarineamts verfaßtes derartiges Taschenbuch wäre. Denn gegen ein solches